

# FOB-Gegner wollen CDU-Stadträten die Meinung geigen

Initiative zeigt sich über EnBW-Bedingung für Grundstücke an der Ossietzkystraße empört – Grünen-Stadträtin spricht von „Skandal“

**Vaihingen.** Durch eine Vertragsklausel kommt der Standort Ossietzkystraße auf keinen Fall mehr in Frage für einen Zentralen Busbahnhof (ZOB). „Wir sind empört“, sagt Gerhard Wick von der Initiative gegen einen zentralen Fernomnibusbahnhof in Vaihingen (Igfob).

Von Kai Müller

Noch am vergangenen Mittwoch hatte der Verkehrsplaner Arne Seyboth den Möhringer Bezirksbeiräten erklärt, dass ein Busbahnhof an der Ossietzkystraße grundsätzlich möglich sei. Die Aussage hatte allerdings nicht mal zwei Tage Bestand. Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmte in seiner jüngsten Sitzung hinter verschlossenen Türen dafür, dass die Stadt drei Grundstücke an der Ossietzkystraße von der Energie Baden-Württemberg (EnBW) kauft. Zugleich ließ aber der Energiekonzern einen Passus im Vertrag verankern, der verhindert, dass auf den erworbenen Flächen ein ZOB angesiedelt werden kann (die Filder-Zeitung berichtete). Die Verwaltung verfolgt für das Gebiet andere Ziele. Dort soll ein „attraktiver Büro- und Dienstleistungsstandort“ entstehen.

In den Antworten auf verschiedene Anträge der Fraktionen spielte diese Absicht bislang aber keine Rolle. Stattdessen hieß es lediglich, dass das Areal an der Ossietzky-

straße für 16 Bussteige nicht groß genug sei. Die Igfob und der Vaihinger Bezirksbeirat hatten wiederholt Zweifel daran geäußert, ob eine derartige Anzahl an Bushaltestellen überhaupt notwendig ist. „In Hamburg reichen 14 Bahnsteige für Fern- und Touristikbusse aus“, sagt das Igfob-Mitglied Wick. Es gebe ein „jämmerliches Bild“ für die Stadt Stuttgart ab, wenn man mit Stuttgart 21 das neue Herz Europas plane und es nicht schaffe, einen Busbahnhof zu integrieren. Er sei „empört“, dass man die Stadtplanung der EnBW überlasse. Die Grünen haben als einzige Gemeinderatsfraktion den Kaufvertrag abgelehnt. „Es ist ein Skandal, dass solche Kontrakte geschlossen werden“, bringt es Stadträtin Ursula Marx auf den Punkt. Man habe den Eindruck, dass man den Busbahnhof unbedingt nach Vaihingen schieben wolle. Der FOB-Standort im Außenstadtbezirk sei unsinnig. Allenfalls ein Provisorium komme in Frage, bis eine geeignete Fläche nach dem Bau von Stuttgart 21 in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs zur Verfügung stehe. Die Ökopartei hat sich in einem Antrag für den Kurt-Georg-Kiesinger-Platz als ZOB-Standort ausgesprochen.

Auch für die SPD-Stadträtin Roswitha Blind ist die Fläche direkt am Hauptbahnhof der „Favorit“, der FOB in Vaihingen sei nur „eine zweitklassige Lösung“: „Wenn es eine vernünftige Interimslösung für den Busbahnhof gibt, werden wir sicherlich ernsthaft darüber nachdenken.“ Bislang haben freilich

SPD und CDU die Planungen für einen FOB in Vaihingen vorangetrieben. Das Areal an der Ossietzkystraße ist für Blind keine Option gewesen: „Die Fläche ist zu klein und nicht nah genug am Bahnhof.“ Sie ergänzt: „Wenn wir von dem Standort überzeugt gewesen wären, hätte man den Vertrag mit der EnBW nicht machen dürfen.“ Die Stadt habe sich an dieser Stelle aber für eine andere Nutzung entschieden. „Man muss auch schauen, dass Arbeitsplätze erhalten und nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden.“ Für das Gelände an der Ecke Jägerstraße/Ossietzkystraße hat bereits die Unternehmensberatung Ernst und Young Interesse bekundet.

Noch ist aber keine Entscheidung gefallen, ob der FOB in Vaihingen gebaut wird – zumindest nicht, bevor im Ausschuss für Umwelt und Technik über die Vor- und Nachteile alternativer Standorte diskutiert wurde. Am Mittwoch will sich die CDU-Ratsfraktion vor Ort ein Bild von den Planungen machen. Stadtrat Jürgen Sauer zeigt sich „überrascht“ über die Vorfestlegung in Sachen Ossietzkystraße. Der Verwaltung stellt er kein gutes Zeugnis aus: „Da verfestigt sich der Eindruck, dass die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut.“ Damit werde auch das Projekt unter Wert verkauft. „Wir wollen bei der Vorort-Aktion beide Seiten der Medaille kennenlernen“, sagt Sauer. Die Igfob ist jedenfalls für den Besuch der Stuttgarter CDU gerüstet. „Denen werden wir deutlich die Meinung sagen“, so Wick.



Der Protest gegen den geplanten FOB in Vaihingen hält nach wie vor an. Foto: Archiv Müller